



KRITIK AN „UBER-ARENA“

Tino Schopf, verkehrspolitischer Sprecher unserer Fraktion, kritisiert die geplante Umbenennung der „Mercedes-Benz-Arena“ in Friedrichshain in „Uber-Arena“. „Mit dem Wechsel übernimmt ein Unternehmen die Namenshoheit, das in den letzten Jahren in Berlin vor allem durch seine unrühmliche Rolle in Bezug auf Lohndum-

Adobe Stock | 195736545



ping, Sozial- und Steuerbetrug im Mietwagengewerbe von sich reden gemacht hat“, sagt Tino Schopf. Der Abgeordnete hat sich gegen Lohndumping und unlauteren Wettbewerb im Personenbeförderungsmarkt stark gemacht. Ab dem 22. März soll die Mehrzweck-Arena in „Uber-Arena“ umbenannt werden. Uber hat die Namensrechte an der bisherigen „Mercedes-Benz-Arena“ und der „Verti-Music-Hall“ erworben. „Dass sich beide ausgerechnet mit dem Namen eines solchen Unternehmens schmücken, sollte sowohl beim Eigentümer der Locations als auch bei den Berlinern und Berlinerinnen kein Grund zur Freude sein“, kritisiert Tino Schopf. „Für die Fahrgäste, deren Sicherheit nicht gewährleistet ist und für die unterdurchschnittlich entlohnten Fahrerinnen und Fahrer des Vermittlers ist die jüngste Meldung vielmehr ein Schlag ins Gesicht.“



WIR MÜSSEN HALTUNG FÜR UNSEREN ZUSAMMENHALT ZEIGEN

Jetzt aufzustehen und gemeinsam als Demokratinnen und Demokraten klare Kante gegen die erklärten Feinde unserer Demokratie zu zeigen, ist eine Bürgerpflicht.“ Das hat unser Fraktionsvorsitzender Raed Saleh in seiner Rede auf unserer Fraktionsklausur in Leipzig im Januar gesagt.

„Die großen, von breiten gesellschaftlichen Bündnissen getragenen Demonstrationen gegen den Hass und die Hetze der extremen Rechten, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus und gegen Diskriminierung aller Art machen Mut, weil sie zeigen, dass die übergroße Mehrheit der Menschen hinter der liberalen Demokratie und ihren freiheitlichen Werten steht.“ Raed Saleh rief dazu auf, jetzt konkret Haltung zu zeigen. Haltung für unsere demokratischen Werte. Haltung für unser Miteinander. Haltung auch für den sozialen Zusammenhalt und das gerechte und diverse Berlin. Die SPD-Fraktion wird dafür immer der Garant bleiben. „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden nicht wackeln und unsere Demokratie verteidigen. Die Mehrheitsgesellschaft hat mit den Demonstrationen in der gesamten Bundesrepublik über alle Konfessionen und Altersgruppen hinaus eine klare Erwartungshaltung formuliert: **Wehret den Anfängen!**“

BERLIN KAUFT DAS FERNWÄRMENETZ VON VATTENFALL



Adobe Stock | 527449353

Das Land Berlin übernimmt das Fernwärmernetz der Hauptstadt vom schwedischen Energieversorger Vattenfall.

„Dies ist ein großer Erfolg für den Berliner Senat. Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich den Kauf des Netzes und sieht die Vorteile für die Energie- und Wärmewende in Berlin“, sagt der energiepolitische Sprecher und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Jörg Stroedter. Bereits in der Enquete-Kommission 'Neue Energie für

Berlin' hat unter Leitung des damaligen Vorsitzenden Jörg Stroedter das Abgeordnetenhaus eine umfassende Rekommunalisierungsstrategie beschlossen, die jetzt mit dem Kauf des Fernwärmernetzes nach der erfolgreichen Rekommunalisierung des Stromnetzes ihre Fortsetzung findet. Stroedter: „Der nächste Schritt muss jetzt eine Mehrheitsbeteiligung des Landes Berlin an der GASAG sein. Das ist auch der Wunsch der dortigen Beschäftigten.“

INHALT

Seite 2–3
HAUSHALT
Änderungen für das Jahr 2024

Seite 4–5
FRAKTIONSCLAUSUR 2024
Bericht von unserer Fraktionsklausur in Leipzig

Seite 6–7
FRAKTION VOR ORT
Ausschnitte unserer Arbeit vor Ort in den Wahlkreisen

Seite 7
FRAKTION IM DIALOG
Themenbezogene Veranstaltungen der SPD-Fraktion mit Bürger:innen und Fachleuten im Abgeordnetenhaus

Seite 8
DIE ABGEORDNETEN DER SPD-FRAKTION
Kontakt und Übersicht



GESETZESBESCHLÜSSE FÜR DAS JAHR 2024

KOMBIBAD FÜR MARZAHN-HELLERSDORF

Marzahn-Hellersdorf wird sein erstes eigenes Kombibad bekommen: Dafür hatten sich unsere Abgeordnete und Sportsenatorin **Iris Spranger** und unser Abgeordneter **Jan Lehmann**



stark gemacht. In dem aktuellen Doppelhaushalt sind Mittel für planerische und gutachterliche Leistungen vorgesehen. In der Investitionsplanung sind für 2026 und 2027 jeweils 10 Millionen Euro der insgesamt 40 Millionen Euro für den Bau vorgesehen. Iris Spranger freut sich sehr über das geplante Kombibad, das im Bezirk entstehen soll: „Wir haben uns als SPD-Fraktion schon über einen längeren Zeitraum für den Bau in unserem Bezirk eingesetzt. Ich freue mich wirklich sehr, dass Marzahn-Hellersdorf endlich sein Kombibad bekommt.“ Mit den nun fest eingestellten Mitteln können wir sagen: versprochen und gehalten!



Jan Lehmann: „Unser Kombibad rückt näher. Aber nur aufgrund des Zusammenhalts politischer Akteure, die nicht nur quatschen, sondern an den richtigen Stellen arbeiten.“

Seit dem 27. April 2023 arbeiten die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD erfolgreich zusammen. Mit der letzten Plenarsitzung des Jahres wurde der gemeinsame Haushalt für die Jahre 2024 und 2025 auf den Weg gebracht. Eine Reihe von Gesetzesbeschlüssen unterstreichen die erfolgreiche und stabile Zusammenarbeit der Koalitionsfraktionen.

BAUORDNUNG

Der Wohnungsbau soll in Berlin zukünftig einfacher und unbürokratischer werden: Das sieht die neue Bauordnung vor, die das Abgeordnetenhaus mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU novelliert hat. Ziel der Änderungen ist es, den Woh-



nungsbau zu vereinfachen und dadurch die Neubauzahlen deutlich zu erhöhen. Denn wenn alle Berlinerinnen und Berliner ein bezahlbares Zuhause angeboten bekommen sollen, müssen die Genehmigungsverfahren schneller und effizienter werden. So erleichtern die neuen Regeln beispielsweise den Ausbau von Dachtagen sowie die Aufstockung mit bis zu zwei Geschossen. Außerdem gibt es keine Verpflichtung mehr, bei Aufstockungen in den Gebäuden Aufzüge an- oder einzubauen. Zudem wurden bestehende Regeln für die Installation von Solaranlagen auf Dächern und für den Bau von Häusern mit Holzelementen erleichtert.

REFORM DER SICHERHEITSGESETZE

Ein sicheres und lebenswertes Berlin für alle: Das ist unser erklärtes Ziel. Seit Jahren steigt die Zahl der Übergriffe auf unsere Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr. Daher war es uns als SPD-Fraktion ein wichtiges Anliegen, die Polizei zu stärken und den Beamt:innen

Mittel in die Hand zu geben, mit denen sie sich schützen und Recht und Ordnung durchsetzen können. Im Rahmen der nun mit den Stimmen der Koalition verabschiedeten Reform der Sicherheitsgesetze bekommt unsere Berliner Polizei nun also eine bessere Ausstattung. So werden die Regelungen



zu sogenannten Bodycams an Uniformen und Kameras in Polizeiautos (Dashcams) reformiert. Für einen besseren Schutz der Beamt:innen im Einsatz bekommen Polizistinnen und Polizisten sowie Feuerwehrleute Bodycams, um das Geschehen bei Einsätzen mit diesen Geräten für ihren eigenen

neuen Regelungen unsere Polizei, indem die Beamt:innen serienmäßig Taser erhalten sollen. Außerdem müssen Einsatzkräfte künftig an ihren Dienstorten bei Nachtdienst keine Parkgebühren mehr für ihr Privatfahrzeug zahlen. Des Weiteren beinhaltet das neue Gesetzespaket eine Anpassung der Höchstdauer des sogenannten Unterbindungsgewahrsams zur präventiven Gefahrenabwehr. Das heißt, verdächtige Personen, von denen schwere Straftaten zu erwarten sind, können mit richterlichem Beschluss in Berlin in Zukunft bis zu fünf Tagen präventiv festgehalten werden. Bei terroristischen Gefährdern kann diese Zeit auf bis zu sieben Tage ausgeweitet werden.

JUGEND UND DEMOKRATIE | WAHLALTER 16

Als SPD-Fraktion haben wir uns schon seit Langem für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei den Abgeordnetenhauswahlen



Schutz filmen zu können. Zusätzlich erhöht dies die Transparenz bei Einsätzen. Auch in Wohnungen soll gefilmt werden können, wenn es um die Abwehr von Gefahren für beteiligte Menschen geht. Insbesondere in Fällen von häuslicher Gewalt. Wir unterstützen mit den

als Schritt für mehr Teilhabe junger Menschen in unserer Stadt eingesetzt. Bislang war das Wählen ab 16 Jahren in Berlin nur bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung möglich. Wir waren schon immer überzeugt: Die Zeit ist reif! Die junge Generation ist

heute politischer denn je, die Jugendlichen fordern selbstverständlich ein Recht auf politische Partizipation an der Wahlurne ein. Im Koalitionsvertrag hatten wir uns zusammen mit der CDU auf die Absenkung des Wahlalters verständigt. Allerdings erforderte das Vorhaben im Parlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit zur Änderung der Landesverfassung. Da sich die Fraktionen von Linken und Grünen in der Vergangenheit stets für eine Absenkung des Wahlalters ausgesprochen haben, stand die politische Mehrheit im Parlament für die Verfassungsänderung. Damit haben jetzt rund 50.000 junge Berlinerinnen und Berliner zwischen 16 und 18 Jahren ein Recht auf politische Teilhabe bekommen. Wenn 2026 regulär das nächste Mal das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wird, dürfen die jungen Menschen ihre Zukunft mitbestimmen – für uns als SPD-Fraktion ein riesiger Erfolg für unsere Demokratie! Unser Fraktionsvorsitzender, Raed Saleh, hat sich mit Nachdruck für das Wahlalter 16 eingesetzt: „Es war für Berlin allerhöchste Zeit. Eine Verfassungsänderung zu verabschieden, das dann bei der Abgeordnetenhauswahl 2026 zum Zug kommen wird. Ich glaube persönlich, dass viele Berliner in jungem Alter das nutzen werden.“

SOZIALE BERUFE ANERKENNEN

Das Sozialberufe-Anerkennungsgesetz wurde an aktuelle Bestimmungen der Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz ange-



passt und neu gegliedert. Das Teilzeitstudium der Erzieher wird konkreter und kooperativer geregelt, die berufsrechtliche Anerkennung neuer Studiengänge geändert und die Bedeutung der berufsbegleitenden Ausbildung von Erziehern hervorgehoben.

RBB STAATSVERTRAG

Mit dem neuen rbb-Staatsvertrag soll das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zurückgewonnen werden. Der neue Vertrag sorgt für



mehr Transparenz, einen Gehaltsdeckel und mehr professionelle Kontrolle.

WOHNRAUM-VERSORGUNG

Die landeseigenen Wohnungsunternehmen bieten den Berlinerinnen und Berlinern sicheren und bezahlbaren Wohnraum. Dieser Versorgungsauftrag ist im „Gesetz



zur sozialen Ausrichtung und Stärkung der landeseigenen Wohnungsunternehmen für eine langfristig gesicherte Wohnraumversorgung" verankert. Dieses Gesetz haben wir novelliert, um Neuerungen in der Kooperationsvereinbarung des Senats mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen nachzuvollziehen. Diese Kooperationsvereinbarung schreibt moderate Mietsteigerungen fest und sichert dadurch eine soziale Bewirtschaftung der landeseigenen Wohnungsbestände: damit die landeseigenen Wohnungsunternehmen auch in Zukunft ihren sozialen Versorgungsauftrag erfüllen können.

HAUSHALTSGESETZ 2024/2025

Mit dem Haushaltsgesetz 2024 / 2025, das zügig beraten und fristgerecht beschlossen wurde, unterstreichen die Koalitionsfraktionen ihre Handlungsfähigkeit. Uns ist es auch durch das Heranziehen dafür gemeinsam geschaffener und nicht mehr benötigter Rücklagen gelungen, einen Anpassungspfad als gemeinsame Aufgabe von Land, Bezirken und unseren Beteiligungen zu beschreiben.

SAUBERES BERLIN

Wir entlasten die Bezirke durch



eine Änderung im Straßenreinigungsgesetz. Die Kosten für den Winterdienst von öffentlichen Grünanlagen übernimmt künftig das Land Berlin. Außerdem werden Bezirke von der Reinigungspflicht für anliegende Straßen befreit.

HOCHSCHULVERTRÄGE

Mit dem Abschluss der Berliner Hochschulverträge für die Jahre 2024 bis 2028 erhalten die Berliner Universitäten Planungssicherheit. Die neuen Verträge berücksichtigen neue Herausforderungen wie gestiegene Bedarfe nach Lehrkräften, Personal für den öffentlichen Dienst und Digitalisierung. Die hohe Qualität der Lehre soll weiter gestärkt und so die internationale Strahlkraft des Wissenschaftsstandortes gefördert wer-

den. CHARITÉ-VERTRAG

Der Abschluss des Charité Vertrages für die Jahre 2024 bis 2028 versetzt die Charité in die Lage, die Weiterentwicklung der Lehrange-



bote, die zur Ausbildung von pädagogischem Personal für den Pflege- und Gesundheitsbereich geeignet sind, voranzutreiben.

BMX-HALLE FÜR DEN MELLOWPARK



Wir wollen wieder Weltspitze beim Bicycle Motocross BMX werden! Dafür brauchen unsere Berliner Biker:innen gute Trainingskonditionen. Deshalb soll auf dem Gelände des Jugendzentrums Mellowpark in Treptow-Köpenick die weltweit erste klimaneutrale BMX-Halle gebaut werden. Das Land unterstützt das Vorhaben mit einer Summe von insgesamt 5 Mio. Euro aus dem aktuellen Haushalt, der Bund mit 8 Mio. Euro. Mit der Überdachung können die BMX-Rider:innen in Zukunft rund um die Uhr und bei jedem Wetter trainieren. Alexander Freier-Winterwerb, unser Sprecher für Jugend, freut sich riesig: „Wir investieren am Standort Mellowpark weit mehr als 20 Millionen Euro für die sportbetonte Jugendarbeit. Das ist eine Investition in nie gekannter Höhe!“

FRAKTIONS- KLAUSUR 2024 IN LEIPZIG



Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Das war das Motto unserer dreitägigen Fraktionsklausur vom 26. bis zum 28. Januar in Leipzig. Traditionell kommen wir im Januar jeden Jahres zum Jahresauftakt zu einer Klausur zusammen, um zentrale politische Fragen zu diskutieren und die inhaltlichen Weichen für das neue Jahr zu stellen.

Leipzig war in diesem Jahr ganz bewusst als Tagungsort gewählt worden. Zum einen hat die Stadt ähnliche Herausforderungen wie Berlin zu meistern, wenn es etwa um die Themen Wohnungsbau und Mobilitätswende geht, zum anderen ist die extreme Rechte in Sachsen besonders auf dem Vormarsch. In dem Bundesland, in dem die AfD vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird, ist der Kampf für Demokratie, Freiheit und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt ganz besonders entscheidend.

Nach einem Grußwort von Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung hat unser Fraktionsvorsitzender Raed Saleh eine Rede gehalten, in der er zu einem entschlossenen Kampf gegen Rechts extremismus und für unsere Demokratie aufgerufen hat. Als Gast hat Berlins Finanzsenator Stefan Evers von der CDU zur aktuellen Haushaltslage gesprochen und sich den Fragen der Abgeordneten gestellt.

Die promovierte Soziologin Prof. Dr. Céline Teney von der FU Berlin hat auf unserer Klausur ihre Forschung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt vorgestellt.



Die anschließende Debatte war konstruktiv und sehr anregend. Zudem war der Politikwissenschaftler und Soziologe Dr. Özgür Özvatan vor Ort, um uns über seine Forschungsergebnisse zum Thema Radikalisierungspotenziale auf und durch TikTok zu informieren. Sein Vortrag hatte den Titel

Zur vollständigen
Resolution ▶



„Algorithmische Gefahren für die Wehrhafte Demokratie“. Die Ergebnisse seiner Forschung erzeugten viele Rückfragen. Das war kaum überraschend, denn der Bedarf für schnelle und passende Antworten auf die algorithmischen Bedrohungen in den sozialen Medien wie TikTok durch Akteure wie etwa die AfD ist groß.

Im Rahmen unserer Klausur haben wir am 27. Januar an der zentralen Gedenkveranstaltung der Stadt Leipzig zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am Mahn- und Denkmal Abtnaundorf teilge-



nommen und einen Kranz niedergelegt. Indem wir der Opfer gedenken, sagen wir Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art den Kampf an!

rung signalisieren zu können, von gesellschaftlichen Debatten nicht ausgeschlossen zu sein, ihr respektvoll gegenüberzutreten sowie mehr Mitsprache und echte

Unser Fraktionsvorsitzender, Raed Saleh, sieht in dem Schritt einen weiteren Meilenstein für mehr Mitbestimmung und Demokratie. „Ich glaube, dass die Antwort auf

dass wir zeitnah und hoffentlich noch in diesem Jahr, über ein entsprechendes Volksentscheidsgesetz im Abgeordnetenhaus abstimmen können.

RESOLUTION DER SPD-FRAKTION

In unserer auf der Klausur verabschiedeten Resolution fordern wir eine kluge Haushaltspolitik mit politisch sinnvollen Priorisierungen ohne sozialen Kahlschlag so-



Eine weitere wichtige Forderung, die wir in unserer Klausur-Resolution aufstellen, ist die nach einer Privatisierungsbremse für Berlin. Mit einer solchen in der Landesverfassung verankerten Bremse wird es schwieriger, landeseigene Unternehmen zu privatisieren. „Es geht darum, die Hürde hochzusetzen, damit Politiker nicht in Zeiten knapper Kasse wieder dazu verleitet werden, Fehler zu machen“, sagt unser Fraktionsvorsitzender Raed Saleh dazu. „Die Daseinsvorsorge gehört allen Berlinerinnen und Berlinern.“



wie eine klare Kante gegen die extreme Rechte und einen konsequenten Einsatz für unser demokratisches Miteinander.

Auch setzen wir uns für mehr politische Teilhabe für die Berliner:innen ein: Wir schlagen dafür einen vom Parlament initiierten Volksentscheid vor. Das bedeutet konkret eine Regelung, nach der das Abgeordnetenhaus beschließen kann, zu seiner Zuständigkeit gehörende Fragen einem Volksentscheid zu unterbreiten.

Wir sind davon überzeugt, auf diese Weise der Politikverdrossenheit begegnen zu können, der Bevölke-



Entscheidungen zu ermöglichen. Ein solcher durch das Parlament angeregter Volksentscheid ist ein weiteres Instrument direkter Demokratie in unserer Stadt. Die Ausweitung der Bürger:innenbeteiligung stärkt das Grundprinzip unserer parlamentarischen Demokratie weiter.

das, was wir gerade erleben – nämlich, dass viele Menschen immer weniger Vertrauen in die Politik und in die Demokratie haben – ist, dass man den Menschen mehr Mitsprache geben muss“, findet Raed Saleh. Eine solche Befragung solle für Themen von stadtweiter Bedeutung möglich sein. Als Beispiel nannte Raed Saleh eine Befragung über die Randbebauung des Tempelhofer Feldes.

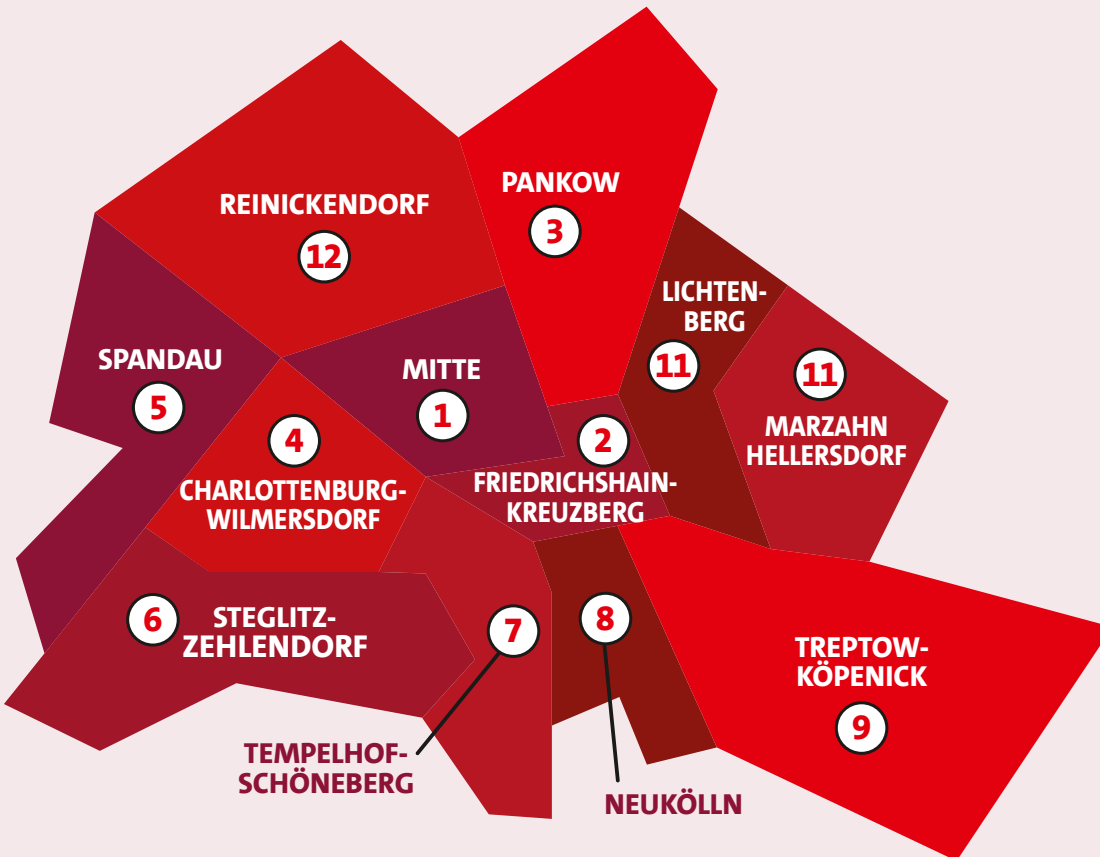
Wir werden unseren Vorschlag nun unserem Koalitionspartner, der CDU-Fraktion, vorlegen. Die Kolleg:innen haben auch bereits wohlwollendes Interesse geäußert. Wir sind also zuversichtlich,

Vorbild ist hierfür Bremen. Das Bundesland hat als allererstes in Deutschland 2012 eine Privatisierungsbremse eingeführt. Seitdem dürfen in dem Stadtstaat öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge nur noch bei einem zustimmenden Volksentscheid verkauft werden. Wir finden, dass dies auch für unser Berlin der richtige Weg ist – und ein weiterer, konsequenter Meilenstein auf dem Weg, den wir als SPD-Fraktion mit der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe und der Energienetze in Berlin in den vergangenen Jahren eingeschlagen haben.

FRAKTION VOR ORT



Im Mittelpunkt unserer Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ steht der Dialog mit den Bürger:innen in den Berliner Kiezen. „Fraktion vor Ort“ bietet Raum für Ideen, Meinungen, Anregungen und den gemeinsamen Austausch. Auf dem Programm stehen z.B. Besuche in Kitas, Schulen, sozialen Einrichtungen und Unternehmen sowie Diskussionsveranstaltungen, Kiezspaziergänge und Infostände.



FRAKTION IM DIALOG



JUGENDGEWALTPRÄVENTION UND TEILHABE IM KAMPFSPORT

In einer Zeit, in der die Herausforderungen im Bereich Gewaltprävention immer drängender werden, ist es von größter Bedeutung, innovative Ansätze zur Förderung der Jugendteilhabe und Gewaltprävention zu entwickeln und zu diskutieren. Unsere Veranstaltung hat sich darauf konzentriert, wie Kampfsporttraining als wirksames Mittel zur Förderung von Jugendgewaltprävention und sozialer Integration, in Kombination mit professionalisierter Straßensozial- und Jugendarbeit, dienen kann. Kampfsport bietet nämlich nicht nur die Möglichkeit körperlicher Fitness, sondern auch wertvolle Lektionen in Disziplin, Respekt und Selbstkontrolle.

JUGENDHILFE-KONFERENZ

Die vielfältigen Angebote der Jugendarbeit in Berlin voranbringen: Das war das Thema der Jugendhilfekonferenz, die unser Sprecher für Jugend, Alexander Freier-Winterwerb, gemeinsam mit seiner Kollegin Lilia Usik von der CDU-Fraktion durchgeführt hat. Im Zentrum standen Fragen zur Finanzierung und zum Haushalt, zur Jugendarbeit in Berlin, zu den Tarifverträgen, zu den Maßnahmen aus dem Jugendgewaltgipfel sowie zum Jugendförder- und -beteiligungsgesetz. Wir freuen uns auf daran anschließende Gespräche für eine starke Jugendarbeit!



LONG-/POST-COVID

In Berlin sind aktuellen Schätzungen zufolge 100.000 Menschen von Long-/Post-Covid betroffen. Auch wenn die Zahlen für Post-Vac geringer sind, leiden die Betroffenen auch hier nicht nur unter der Krankheitslast, sondern auch unter der Versorgungs- und Behandlungssituation. Diese ist leider auch im Jahr 4 nach Ausbruch der Pandemie noch unzureichend. Das muss sich dringend ändern! „Mit den im Haushalt bereitgestellten zusätzlichen Mitteln und dem Fachgespräch hat die Koalition einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht.“ so Bettina König (SPD).

AUF DEM WEG ZUR INKLUSIVEN STADT

Das war das Motto unserer Dialogveranstaltung. Im Zentrum stand die Frage, wie weit Berlin auf dem Weg dahin bereits gekommen ist und welche großen Herausforderungen noch bestehen. Im Austausch mit Expert:innen der Inklusionsarbeit sowie mit interessierten Besucher:innen erörterten Fraktionschef Raed Saleh und Lars Düsterhöft, Sprecher für Menschen mit Behinderungen, Pflege und Soziales, was unsere Fraktion seit der Wiederholungswahl in der neuen Koalition bereits geschafft hat und was wir in den kommenden Jahren noch alles vorhaben. Unser Ziel bleibt klar: Berlin zu einer inklusiven, lebenswerten Stadt für alle zu machen!

DIE ABGEORDNETEN DER SPD-FRAKTION

Steglitz-Zehlendorf



Dr. Ina Czyborra
Clayallee, Thielallee,
Pacelliallee, Königin-
Luise-Str., Schützallee,
Onkel-Tom-Straße



Mirjam Golm
Paul-Schneider-Str.,
Kamenzer Damm,
Gallwitzallee, Siemens-
str., Marienplatz, Leo-
norenstr.



Dr. Matthias Kollatz
Albrechtstr., Steglitzer
Damm, Klingsorstr.,
Halskestr., Munster-
damm,



Martin Matz
Goerzallee, Dahlemer
Weg, Teltower Damm,
Augustaplatz, Sacht-
lebenstr., Finkenstein-
allee

Mitte



Dr. Maja Lasić
Humboldthain,
Nettelbeckplatz



Mathias Schulz
Schillerpark,
Rehberge,
Osramkiez

Spandau



Sebahat Atli
Hakenfelde, nördliches
Falkenhagener Feld,
Wasserstadt, nördliche
Neustadt



Raed Saleh
südliche Neustadt, süd-
östliches Falkenhagener
Feld, Altstadt Spandau,
Klosterfelde

Friedrichshain- Kreuzberg



Sevim Aydin
Moritzplatz, Oranienplatz,
Urbanstraße, Zossener Str.
Mehringplatz, Lindenstr./
Axel-Springer-Str., Lau-
sitzer Platz,



Sven Heinemann
Stralauer Kiez, Stralauer
Halbinsel, Boxhagener
Platz, Traveplatz südlich
Scharnweberstr.



Neukölln



Derya Çağlar
nördliches Britz,
Köllnische Heide,
Rixdorf



Marcel Hopp
nordöstliches Buckow,
nördliches Blumen-
viertel, Gropiusstadt



Franziska Giffey
südl. Blumenviertel,
südl. Gropiusstadt,
Rudow

Treptow-Köpenick



Lars Düsterhöft
Oberschöneeweide,
Niederschöneeweide,
Johannisthal



Alexander Freier-Winterwerb
Alt-Treptow, Plänter-
wald, Baumschulenweg,
nördl. Nieder- und west.
Oberschöneeweide



Dunja Wolff
Köpenick-Nord,
Friedrichshagen,
Rahnsdorf

Reinickendorf



Bettina König
Reinickendorf/Ost,
Reinickendorf/West
(teilweise)



Jörg Stroedter
Reinickendorf/West,
Tegel-Süd (teilweise),
Wittenau (teilweise),
Mäckeritzwiesen



Sven Meyer
Wittenau (teilweise),
Waidmannslust,
Borsigwalde, Tegel
(teilweise)

Tempelhof-Schöneberg



Melanie Kühnemann-Grunow
Lichtenrade, Volkspark
Lichtenrade, Kirchhainer
Damm, S-Bahnhof
Lichtenrade



Wiebke Neumann
Schöneberg-Nord, Wit-
tenberg+Nollendorfplatz,
H.-von-Kleist-Park, Kurt-
Hiller-Park, Bayerischer
Platz, Viktoria-Luise-Platz



Orkan Özdemir
Friedenau (S-Bahnhof)
Siedlung Lindenhof,
Alboinplatz, Marienhöhe,
Der Insulaner, Auguste-
Viktoria-Krankenhaus



Lars Rauchfuß
Mariendorf, Ullstein-
haus, Güterbahnhof,
Teltowkanal,
Tempelhof Ost

Lichtenberg



Andreas Geisel
Karlsdorf,
Trabrennbahn,
Rummelsburg



Tamara Lüdke
Südlich Karl-Lade-Str.,
Paul-Junius-Str., Herz-
bergstr., Stadtpark,
Buchberger Str.,
Victoriastadt

Charlottenburg- Wilmsdorf



Florian Dörstelmann
Friedhof Wilmsdorf,
Rüdesheimer Platz,
Eisstadion, Wilmsdorf



Reinhard Naumann
Deutsche Oper,
Ernst-Reuter-Platz,
Kurfürstendamm



Ulker Radziwill
Schloßstraße,
Lietzensee,
Adenauerplatz

Pankow



Dennis Buchner
Weißensee-Nord,
Stadtrandsiedlung
Malchow, Blankenburg



Torsten Schneider
Pankow-Nord,
Niederschönhausen-
Süd, Französisch-
Buchholz-West



Tino Schopf
Greifswalder Straße,
Berliner Allee, Indira-
Gandhi-Straße,
Bezirksgrenze



Linda Vierecke
Esplanade, Schönhauser
Allee, Prenzlauer Allee,
Danziger Straße,
Eberswalder Straße,
Bezirksgrenze

Marzahn-Hellersdorf



Jan Lehmann
Kaulsdorf-Nord,
Hellersdorf-Süd



Iris Spranger
Marzahner Promenade,
Allee der Kosmonauten,
Gewerbegebiet

